

***Mieten deckeln.***

***Klima retten.***

***Kommunen stärken.***

***DIE LINKE.***

[www.die-linke-in-den-landtag.de](http://www.die-linke-in-den-landtag.de)

ANTRAGSHEFT 2

Landesparteitag 1. und 2. Februar 2020

Stuttgart

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 9
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Überschrift

Die Zeile „Für eine feministische und sozialistische Kraft im Landtag.“

Wird geändert in „Für eine demokratische, feministische, soziale und ökologische Kraft im Landtag“

Begründung:

Wir stehen nur wenige Jahre vor einer der größten Krisen der Menschheitsgeschichte. Klimaexpertinnen sind sich einig: wenn wir nicht innerhalb weniger Jahre eine 180° Wende in der Umweltpolitik hinlegen, wird die globale Erderwärmung nicht aufzuhalten sein. Dürren, Überflutungen, Hunger und Flucht ganzer Landesbevölkerungen werden die Folge sein. Während wir in den reichen Industriestaaten hier die Hauptverantwortung tragen, werden wir selbst davon als Letzte betroffen sein. Unser Fokus wird deswegen bei allen Politikmaßnahmen stets darauf liegen: Was kann Baden-Württemberg dafür tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden? DIE LINKE steht für einen radikalen Wechsel in der Klima- und Umweltpolitik sowie für einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Das sollten wir dann auch klarmachen und den Anspruch, DIE demokratische, feministische, soziale und ökologische Kraft in Baden-Württemberg zu sein, offensiv nach außen zu tragen.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 10
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Zeile 5

In Zeile 5 wird folgender Absatz eingefügt

Für eine demokratische Wende

Nicht nur von der gestärkten radikalen Rechten, deren Kristallisationspunkt auch in Baden-Württemberg zunehmend die bewusst verschwörungsideologisch, antisemitisch, demokratie-kritisch und rassistisch auftretende AfD ist, sind Menschlichkeit und demokratische Grundrechte in Baden-Württemberg unter Druck: Die Landesregierung praktiziert nach wie vor eine indiskutable Abschiebep Praxis, treibt die Überwachung der baden-württembergischen Bevölkerung voran und greift (beispielsweise mit dem neuen Polizeigesetz) demokratische Grundrechte an, während die Privilegien der Exekutive gestärkt werden, DIE LINKE setzt sich deshalb auf allen Ebenen für die Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte und für mehr und neue Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle hier lebenden Menschen ein.

Den Einschränkungen demokratischer Freiheiten und der Untätigkeit der baden-württembergischen Landesregierung gegenüber der drängenden Probleme der Bevölkerung stehen eine Welle neuer sozialer, ökologischer, demokratischer und antifaschistischer Bewegungen und Initiativen gegenüber, die in den verschiedensten Politikfeldern von der Klima- bis zur Mieten- und Migrationspolitik, vom Widerstand gegen das Polizeigesetz bis zur Forderung klarer Kanten gegenüber der AfD versuchen, zivilgesellschaftlichen Druck auf die Politik auszuüben. DIE LINKE begrüßt dies ausdrücklich und ruft ihre Mitglieder auf allen Ebenen auf, solche Initiativen zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen und in sie hinein zu wirken.

Begründung:

Weil WIR als LINKE für eine konsequente sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine demokratische, feministische, soziale und ökologische Wende in der Landespolitik stehen, wollen wir eine starke linke Kraft in den Landtag. Dieser Ergänzung erklärt kurz, knapp, prägnant, warum es ‚Für eine demokratische Wende in Baden-Württemberg‘ eine Starke LINKE im Landtag braucht: nicht wegen den anderen, sondern wegen unserem Politikangebot.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbandes und der Gesamtpartei (innerparteilich)	
Nr.	P 31
Antrag gestellt von	EmaLi

Begehrt	WLAN-Angebot auf zukünftigen Parteitag
---------	--

Der Landesparteitag möge beschließen:

Auf künftigen Landesparteitagen soll es ein Allgemein nutzbares WLAN geben. Dabei ist darauf zu achten, die jeweiligen Möglichkeiten der Veranstaltungsräume im Vorhinein entsprechend zu sondieren und dies in die Entscheidung für einen Veranstaltungsort einfließen zu lassen. Ferner ist darauf zu achten, dass durch eine Begrenzung der Datenrate Einsparungen an den Betriebskosten eines solchen Netzwerkes erreicht werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbandes und der Gesamtpartei (innerparteilich)	
Nr.	P 32
Antrag gestellt von	KV Breisgau-Hochschwarzwald
Begehrt	Politische Stärkung der Landkreise

Politische Stärkung der Landkreise,

gemeinsame Verantwortung für die politische Handlungsfähigkeit und öffentliche Wahrnehmbarkeit der Linken in Landkreisen,

Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landkreisen

- 1.) Der gewählte Landesvorstand BW bildet im Lauf der Monate Februar bis April 2020 die Planungskommission „Landkreise BW - hier ist die Linke“.
- 2.) Die Planungskommission tagt 1-malig und setzt sich zusammen aus dem Landesvorstand komplett und mindestens 2 Vertreter\*innen aus jedem Kreisverband in BW.
- 3.) Die Kommission tritt zusammen um die Arbeit in den Landkreisen nachhaltig zu unterstützen durch enge Zusammenarbeit von Landesvorstand und Landkreisdelegierten. Sie bildet aus benachbarten Landkreisen Regionalkreise. Sie ordnet jedem Regionalkreis einen Vertreter\*in des Landesvorstands zu.
- 4.) Regionalkreis und Vertreter\*in des Landesvorstands bilden ein regelmäßig zusammenarbeitendes Gremium. Sie strukturieren Schwerpunkte der politischen Arbeit für einen festzulegenden Zeitraum, sowie mögliche Aktionsformen in den Kreisverbänden der Linken.

Begründung:

“...Wir müssen schnell klären, warum das steigende gesellschaftliche Bedürfnis nach einer sozialeren Politik bisher bundesweit bei uns nicht zu steigenden Stimmenanteilen führt, obwohl von unseren Forderungen Arbeitnehmer\*innen und Rentner\*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Arbeitslose am meisten profitieren würden. Dafür ist entscheidend, dass wir sowohl in unseren internen Debatten als auch in der Kommunikation nach außen die Solidarität leben und ausstrahlen, die wir uns für unsere Gesellschaft wünschen. Es ist unsere Verantwortung unsere klassischen Zielgruppen zu erreichen und in noch breiteren Teilen der Bevölkerung als glaubwürdige und unterstützenswerte politische Kraft wahrgenommen und angenommen zu werden. Denn die Linke macht Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung.....“ (Amira Mohammed Ali, Beitrag Strategiedebatte, 2.1.20)

Als glaubwürdige und unterstützenswerte politische Kraft werden wir in Baden-Württemberg, vor allem außerhalb der Groß- und Universitätsstädte sicher nicht wahrgenommen. Vielfach werden wir immer noch für eine linksradikale Chaotenpartei gehalten. Wie kann sich dieses - von der neoliberalen Propaganda genüsslich genährte Zerrbild – so stabil halten? Teilweise tragen wir sicher auch selbst noch zum Erhalt dieses Bildes bei- auch durch zersplittertes, unzuverlässiges Auftreten nach Außen. Aber vor allem, weil wir uns nicht anders darstellen, bzw. weil wir uns gar nicht darstellen: also wenige Menschen die Möglichkeit haben ihr Bild von der Linken neu zu bestimmen. Tatsache ist, dass wir in den kleinen Städten und Dörfern der Landkreise politisch nur sehr, sehr vereinzelt vor Ort sind. Und da wir so vereinzelt sind, sind wir von Überforderung und Resignation bedroht. Deshalb brauchen und fordern wir die Unterstützung der Landespartei.

Es ist unser Aller Verantwortung in der baden-württembergischen Partei den Versuch zu machen politisch wahrnehmbar und handlungsfähig zu werden.

Das schaffen wir nur, wenn wir solide Arbeitsstrukturen schaffen, die:

- Die Einheit der Partei stärken
- Die vom Zerfall bedrohten Kreisverbände in der politischen Arbeit stärken
- Die gewählten Vorstände auf Landes- und Kreisebene eng zusammenarbeiten und einer gemeinsamen politischen Strategie auch in der konkreten Arbeit folgen.

Anträge zur Gesellschaft	
Nr.	G 5
Antrag gestellt von	KV Breisgau Hochschwarzwald und LAG Gesundheit u. Soziales
Begehr	Schulabgang ohne Abschluss

DIE LINKE fordert: Kein Schulkind verlässt die Schule ohne mindestens einen Hauptschul- oder Realschulabschluss vorweisen zu können. Für SchülerInnen mit Handicap muss ein ausbildungsqualifizierender Abschluss erreicht werden. In Freiburg können derzeit 6% aller Jugendlichen eines Jahrgangs keinen Schulabschluss vorweisen, dies entspricht 140 Jugendlichen jährlich; im Bundesdurchschnitt sind sogar 7% der Jugendlichen davon betroffen.

Um dies zukünftig zu verhindern fordert DIE LINKE Baden-Württemberg die allgemeine Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule nach finnischem Vorbild (Ganztagschule), das zwei Lehrer-Prinzip für alle Unterrichtseinheiten und -formen, die zügige Sanierung/Ausbau aller Schulgebäude, eine intensive Sozialarbeit (Sozialpädagogen und Psychologen), verantwortlich für eine intensive zugehende Elternarbeit (Eltern-Coaching) und nachhaltige individuelle Förderung aller Schulkinder unabhängig vom elterlichen Sozialstatus.

Begründung:

Der neoliberale Ökonomisierungswahn führt nicht selten zu verantwortungsloser Geringschätzung und Vernachlässigung vieler Kinder in prekären Verhältnissen in den sozialen Brennpunkten unserer Großstädte. Dies ist verantwortungslos und kann nicht länger hingenommen werden, auch wenn es viele unserer Mitbürger\*innen einfach egal ist.

Wer keinen Schulabschluss vorweisen kann, hat große Schwierigkeiten, einen geeigneten Ausbildungsplatz oder einen Job zu finden, um Arbeitslosigkeit und Armut zu entgehen. Also dann Hartz IV von Geburt bis zum Tod? (siehe Caritas-Studie (2019) zur Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss)- ein Skandal. DIE LINKE fordert seit langem die UN-Kinderrechte ins Grundgesetz einzufügen - dies würde es sicher erleichtern, die derzeit völlig aus dem Ruder laufenden Schulverhältnisse zu ordnen.

Anträge zum Zehn-Punkte-Papier hier Punkt 3	
Nr.	Z 21
Antrag gestellt von	Sabine Skubsch
Begehr	Lebensrealitäten von Frauen

Verbesserung der Lebensrealitäten von Frauen

Wir verbinden Feminismus mit sozialer Gerechtigkeit. Frauen verrichten zusätzlich zur Erwerbsarbeit den überwiegenden Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten. Dabei werden sie für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt und sind weit öfter von Armut und auch Gewalt betroffen. Die Verbesserung der Lebensrealitäten von Frauen muss auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen - ob Gewaltschutz, sexuelle Selbstbestimmung, soziale Sicherheit, Kinderbetreuung, wirtschaftliche und politische Teilhabe. Wir fordern, das reaktionäre Landeswahlgesetz in ein Parité-Gesetz zu ändern, so dass der Landtag künftig zur Hälfte von Frauen besetzt ist.